



Elektronische Zustellung im österreichischen E-Government

4. Magglinger Rechtsinformatikseminar
15. Juni 2004, Magglingen

Arno.Hollosi@cio.gv.at



Inhalt

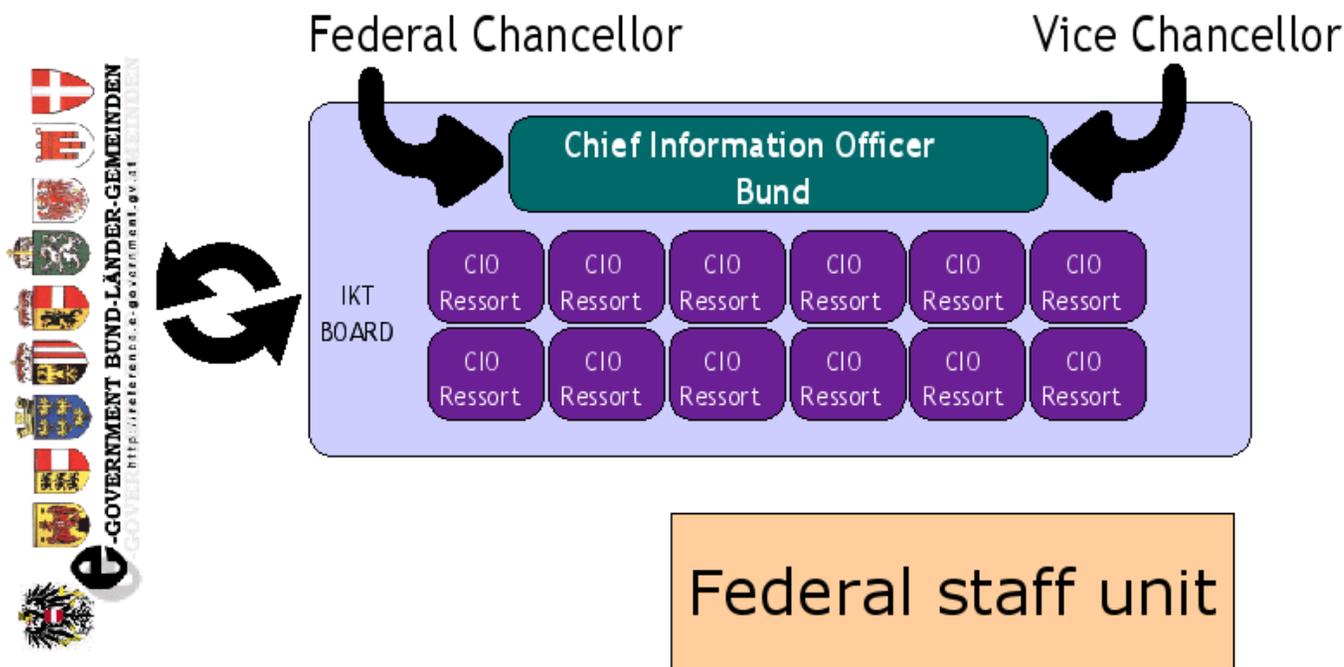
- IKT-Strategie
- Motivation
- Rechtliche Grundlagen
- Modell
- Schritte der Zustellung
- Eignung
- Zusammenfassung





IKT-Strategie

- IKT-Board
- Stabsstelle IKT-Strategie





Motivation

- **Einsparungspotential**
 - Druck-, Kuvertier- und Portokosten
 - z.B. BMF/BMJ: ~3Mio Sendungen/Monat
- **Kundenfreundlichkeit**
 - Zugriff jederzeit von überall
 - kein Weg aufs Postamt
- **Effizienz**
 - Zustellung in Minuten statt Tagen
 - keine Medienbrüche
 - Standortvorteil



Anforderungen

- Qualitative Authentifizierung
- Aktive und passive Sicherheit
- Datenschutz
- Einfacher Prozessablauf
 - für Verwaltungsorganisation
 - für Bürger/-innen
- Qualitativer Zustellnachweis
- Ermöglichen eines Marktes





Rechtliche Grundlagen

- **Zustellgesetz**
 - Elektronische Bereithaltung
 - Zustellnachweis
 - Fristen
 - Verständigung
 - Zustellbevollmächtigte
- **Signaturgesetz / -verordnung**
- **E-Government Gesetz**
 - Identität
 - Bürgerkarte





Überblick

- Artikel 1: E-Government-Gesetz
- Artikel 2: Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) 1991
- Artikel 3 Änderung des Zustellgesetzes
 - Elektronische Bereithaltung
 - Zustellnachweis
 - Fristen
 - Verständigung
 - Zustellbevollmächtigte
- Artikel 4 Änderung des Gebührengesetz 1957
- Artikel 5 Änderung des Meldegesetz 1991
- Artikel 6 Änderung des Vereinsgesetz 2002



E-Government Gesetz

- Identifikation und Authentifizierung im elektronischen Verkehr mit öffentlichen Stellen
 - § 4. Die Funktion „Bürgerkarte“
 - § 5. Bürgerkarte und Stellvertretung
 - § 6. Stammzahl
 - § 8. Eindeutige Identifikation
 - § 9. Bereichsspezifische Personenkennzeichen
 - §§ 16-18. Elektronischer Datennachweis
 - §§ 19,20. Amtssignatur



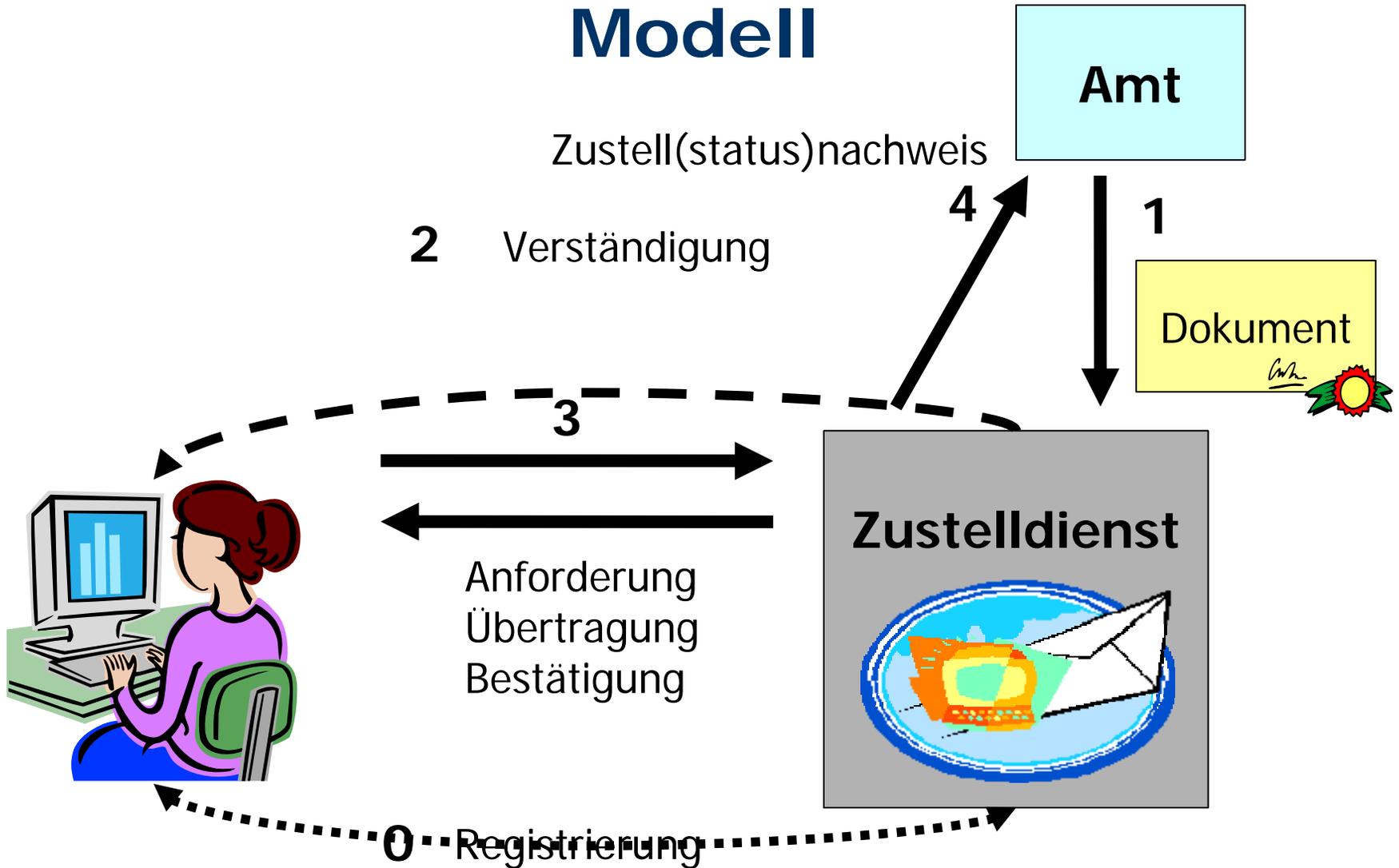


Zustellgesetz

- Konventionelle und elektronische Zustellung
 - § 28. Aufgaben eines elektronischen Zustelldienstes
 - § 29. Zulassung als elektronischer Zustelldienst
 - § 30. Nähere Umstände der Leistungserbringung
 - § 31. Aufsicht
 - § 32. Anmeldung
 - § 33. Ermittlung des zuständigen Zustelldienstes
 - § 34. Elektronische Zustellung mit Zustellnachweis
 - § 35. Abholung und Zustellnachweis
 - § 36. Elektronische Zustellung ohne Zustellnachweis

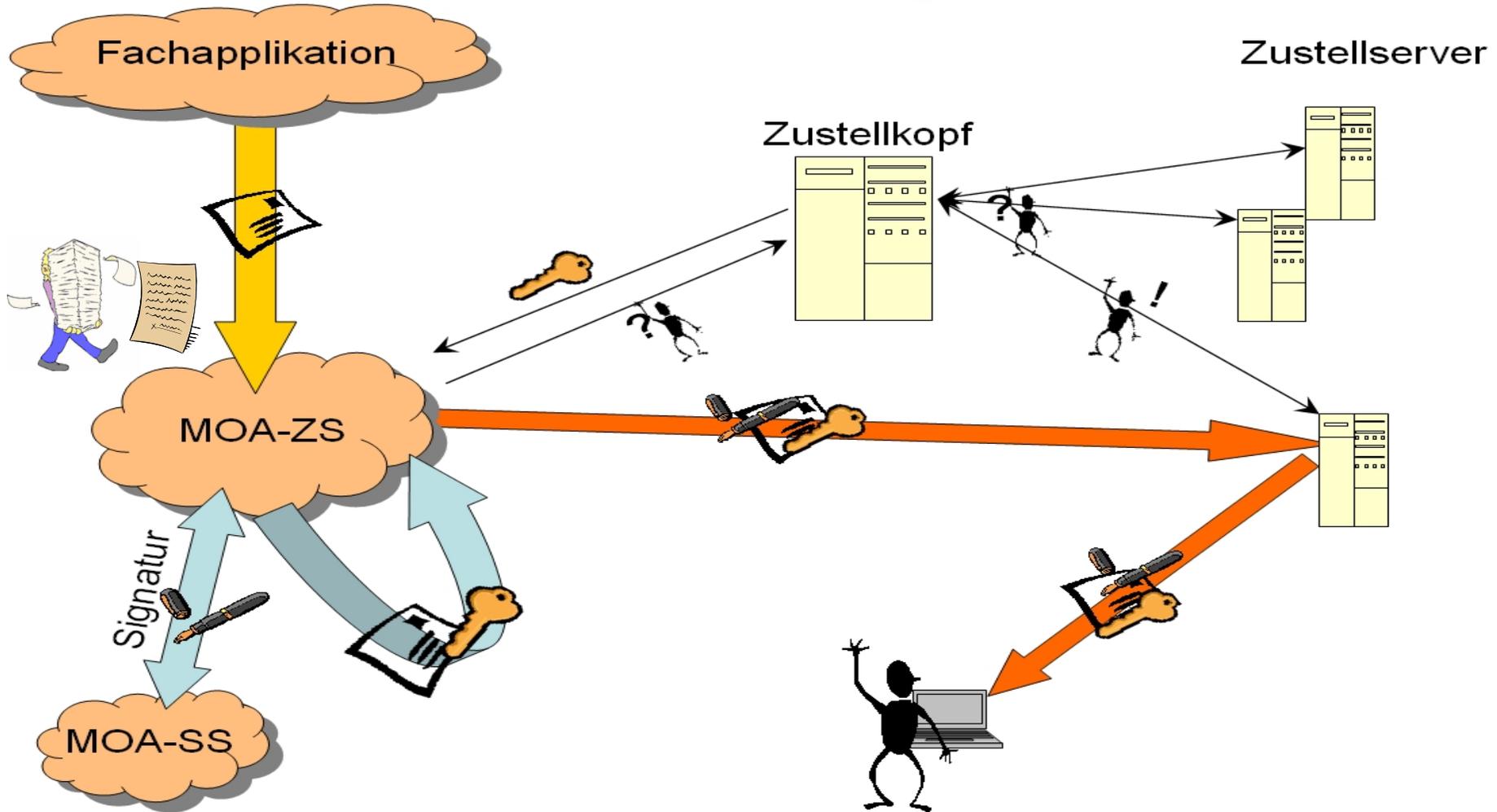


Modell





Zustellung





Registrierung

- Online mit Bürgerkarte möglich
- Daten
 - Name, Adresse
 - Zustell-bPK (basierend auf Stammzahl)
 - Verschlüsselungsschlüssel
 - Verständigungsadresse
 - Dokumentenformat





Adressermittlung

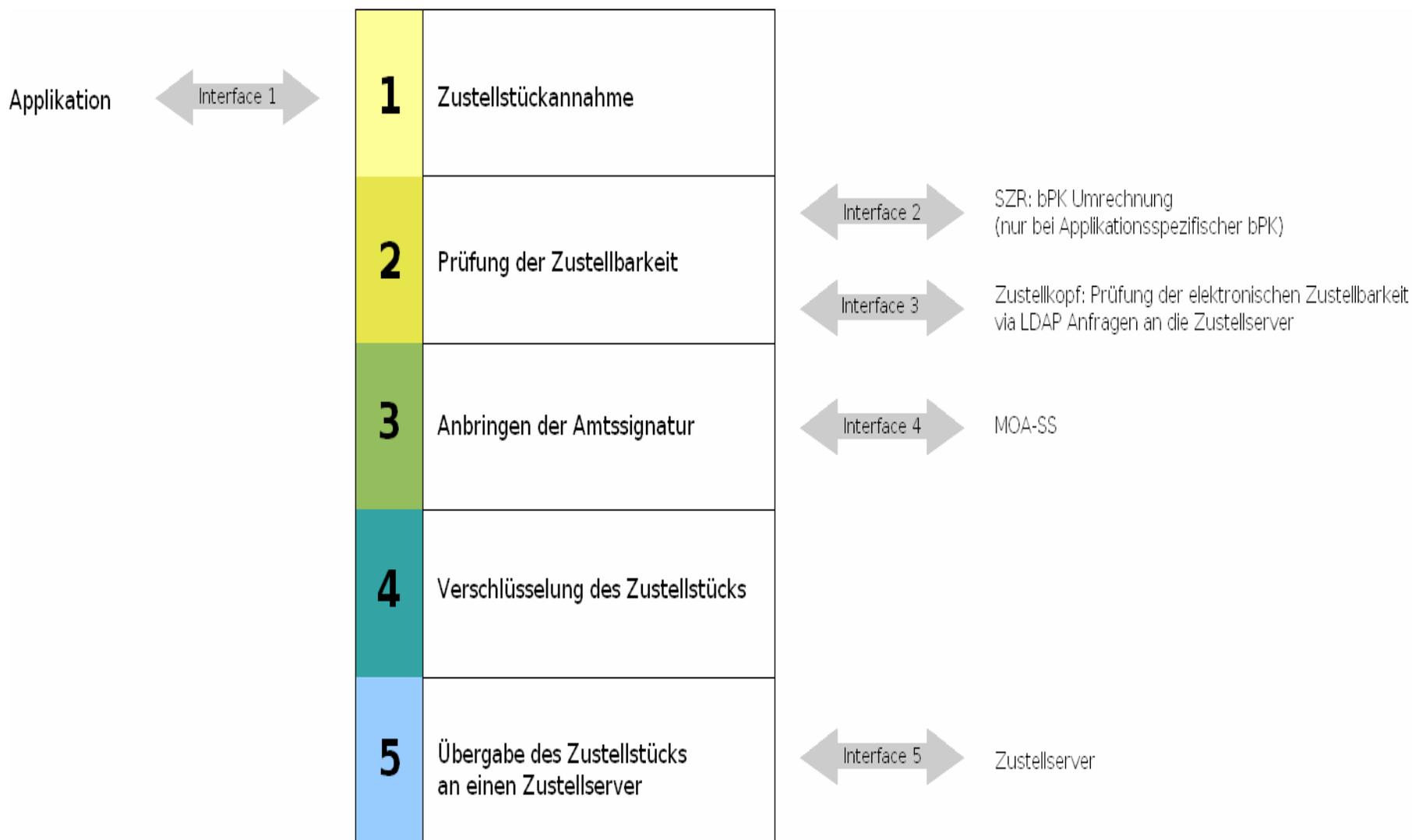
- Verzeichnisdienst
 - Zustelldienste sind verpflichtet einen Verzeichnisdienst der registrierten Empfänger zu führen

- Suchabfragen (über Zustellkopf)
 - Mit Zuse-bPK bzw. verschlüsselter Zuse-bPK
 - Mit Name & Verständigungsadresse
 - Mit Name & Adresse
 - Keine Wildcard-Suchen möglich



Übermittlung

- Verschlüsseln des Zustellstücks (optional)
- Anbringen der Amtssignatur (optional)
- Übermittlung
 - SOAP / XML Schnittstelle
 - Enthält zusätzliche Meta-Daten zur Zustellung
- Verrechnung mit Zustellkopf





Verständigung

- Zustelldienst verständigt Empfänger/-in
 - E-Mail
 - SMS, Voicemail, FAX, ...
- Keine Reaktion auf Verständigung?
 - Nochmalige elektronische Verständigung
 - Verständigung auf Papierweg!
- Rechtswirkung spätestens 1 Woche nach erster Verständigung



Abholung

- Identifikation mittels Bürgerkarte
 - Authentifikation mit Signatur
 - Identifizierung mit Personenbindung
 - Auch mit Verwaltungssignatur
- Auflistung vorhandener Schriftstücke
- Download der Schriftstücke bzw. Versand per E-Mail
- (optional) Entschlüsselung
- (optional) Prüfen der Amtssignatur





Zustellnachweis

- Zustellnachweis: Elektronisch signierter Nachweis der Zustellung
- Viele Sendungen -> viele Signaturen?
- Lösung
 - Signatur zum Login dient als Nachweis zum Aufenthalt am "Abgabeort"
 - Zustelldienst signiert Login-Information plus Daten des Zustellstückes
-> Zustellnachweis



Technische Eignung

- Barrierefreier Zugang (WAI-A)
- Wirtschaftliche Fähigkeit
- Sicherheitsumgebung
- Identifikation (Bürgerkarte)
- Protokollierung & Logging
- Service Levels
- Verzeichnisdienst
- HELP-Desk



Zusammenfassung

- Vorteile für beide Seiten
 - Kostensenkung
 - Komfort und Sicherheit
 - Zeitersparnis, Vermeidung von Medienbrüchen
- Offenes Konzept
 - beliebige Betreiber von Zustelldiensten
 - auch privat(wirtschaftlich) nutzbar
- Voraussetzungen
 - Bürgerkarte(n) auf Seite des Kunden
 - Programm zur Entschlüsselung



Danke für die Aufmerksamkeit

Fragen?



Arno.Hollosi@cio.gv.at

Stabsstelle IKT-Strategie des Bundes

<http://www.cio.gv.at/>

<http://www.guetesiegel.gv.at/>

<http://labs.cio.gv.at/newsletter/>

<http://reference.e-government.gv.at/>



Österreichisches
e-Government
Gütesiegel